

## Interview mit Iring K. Leichtweis über Arbeitszwang, Aktivierungs-Paradigma und neosoziales Kontraprojekt

Der Autor der Studie **"Zwangsarbeit ab 1933"** im Gespräch mit Thomas Meese zum staatlich organisierten Arbeitszwang gestern und heute, seiner Einschätzung der Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und zu seiner gegenwärtigen Situation.

Redaktion

Iring K. Leichtweis wurde 1964 in Oberhausen (Rhld.) geboren. Großvater noch mit Bergmanns-Begräbnis. 9 Jahre Studium der Chemie in Göttingen, Abschluss Diplom und Promotion 1993. 1998-1999 Weiterbildung zum Systemingenieur für Microsoft BackOffice Produkte (diverse Serveranwendungen). In den Folgejahren lernte er autodidaktisch Programmieren (C/C++, VB, PHP, ASP).

Unter Hartz IV erfuhr er die Praxis der Ein-Euro-Jobs, die in Göttingen, laut Presseberichten, für Betroffene sogar besonders rigide war. Das Jobcenter wies Ausgewählte ohne Rückfragen direkt den Trägern zum Einstellungstermin zu (mehrfach auch Akademiker für Hilfstätigkeiten). Selbst absolvierte er 4 Monate in einer "Igelstation", worin z.T. todkranke untergewichtige Tiere in Curverboxen über den Winter gebracht wurden. "Igel sind tagscheue Wildtiere und litten unter der aufgezwungenen Hilfeleistung", bemerkt er rückblickend zu dieser Maßnahme, die wohl weder für die Igel, noch für die Lohnarbeitslosen eine Hilfe war und vorzeitig eingestellt worden ist.

Zur Zeit lebt Herr Dr. Leichtweis in Kassel und arbeitet an einer weiteren Studie über das "Aktivierungs"-Paradigma, wie es unter Rot-Grün umfassendes arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Thema wurde. Er sammelt seit geraumer Zeit Informationen für eine historisch-kritische Übersicht unter dem Titel: **"Aktivierungsparadigma und zivilcouragierte Beteiligungskontexte"**. Wir werden unsere LeserInnen rechtzeitig informieren, wann und an welchem Ort diese Arbeit erhältlich sein wird.



[Iring K. Leichtweis]

**Thomas Meese:** Herr Dr. Leichtweis, Anfang 2007 waren wir zuerst in Kontakt getreten und hatten Ihr Projekt einer historisch-systematischen Studie zum Arbeitszwang in Deutschland diskutiert. Durch die "Verfolgungsbetreuung" der Arbeits- und Sozialverwaltung waren Sie von der Arbeit an Ihrer Studie immer wieder abgehalten worden. Dennoch ließen Sie sich nicht davon abbringen und haben uns die druckfertige Version Mitte diesen Jahres übermittelt. Welches war Ihre Motivation, diese erhebliche Arbeitsbelastung auf sich zu nehmen?

**Iring Leichtweis:** Gerhard Schröder hat uns "nicht mehr Verdienst und weniger Arbeit" versprochen. Er hat seelisch Un erhörtes dadurch zu Wege gebracht, das s erforderte. Das "Fordern" ist in Parteiprogrammen üblich, im Bereich der Sozialgesetzgebung ein Skandal. Diverse Entwürfe zu einem "Gemeinschaftsfremdengesetz", das in den letzten Kriegsjahren nicht mehr zu verwirklichen war, stellten "Mindestanforderungen" bzgl. der "Gemeinschaft". Der "Gemeine" war es, der das Minimalziel einer selbsttragenden Existenz erfüllte. Ähnlich "fordert" das SGB II in § 2 von "erwerbsfähigen Hilfebedürftigen" die "Überwindung der Hilfebedürftigkeit" aus "eigenen Kräften und Mitteln". Während das "Gemeinschaftsfremdengesetz" nach andauerndem Nichterreichen einer "Mindestwertigkeit" die Segregation und Ausbürgerung vorantrieb, verfolgen umgekehrt SGB II oder auch SGB VIII § 1 (Jugendhilfe/-erziehung) das "Eingliederungsziel" "eigenverantwortlicher" und "gemeinschaftsfähiger" Persönlichkeiten. Die ursprüngliche Motivation meiner Arbeit war vielleicht im Unterschied zu Ihnen weniger der neue verschärfte Zwangskontext. Mich interessierte zunächst der Ursprung der eigentümlichen Begriffe und Gesetze ("Aktivieren", "Bedarf", "Eingliedern", "Fördern", "Fordern" etc.). Ein

Zitat von Benjamin lautet ungefähr: “zu Grunde gehen heißt, den Dingen auf den Grund gehen”, und “Grundsicherung für Arbeitsuchende” lässt sich in “Grundsuche für Arbeitssicherung” wenden. D.h. seit der Diskussion um ein **“arbeits- und müheloses”** Grundeinkommen (1920) stellt sich die paradoxe Frage, warum bei sinkender Erwerbstätigkeit der Arbeitszwang verschärft, also die Kette an den Grund verkürzt – Arbeit gesichert – wird.

Mögliche Antworten sind im beschäftigungspolitischen Zusammenhang ideologischer Natur, während auf kommunaler Ebene Etatsanierung oder “Gemeinwohl”-Orientierung in den Vordergrund rücken. Konträr zum “lebenslangen Lernen” verhindert die Grundsicherung auch Ihren individuellen “Aufstieg durch Bildung”, da “Bildungsgerechtigkeit” unten nicht mehr vorgesehen ist.

Mich interessierte, ob es den Umbau des Wohlfahrtsstaates zum “Wohlverhaltensstaat” mit guten und “aktiven” Bürgern schon einmal gab – ob das Rad neu erfunden oder zurück gedreht wurde.

***Th. M.:** Sie haben die einschlägige Literatur zum Thema gesichtet. Haben Sie dabei den Eindruck gewonnen, dass die Invarianten deutscher Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, insbesondere hinsichtlich des Arbeitszwangs, in der Fachwelt hinreichend "gewürdigt" werden ?*

**I. L.:** Wenige Texte sind mir bekannt, die das Gefahrenmoment des “aktivierenden Sozialstaats” für Betroffene und Gesellschaft erkennen. Das SGB II konterkariert bereits das ältere SGB I, welches laut § 1 dazu beitragen soll, “den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine **frei gewählte** Tätigkeit zu ermöglichen ...”, wohingegen Sie in § 2 SGB II die Arbeitskraft einsetzen müssen, für Ihnen angebotene Tätigkeit.

Die Fachwelt verfolgt das Thema Arbeitszwang a-historisch, apologetisch oder etwa so, dass “gemeinnützige” Zwangsarbeit oder Beschäftigungstherapie in bestimmten Stadien der Erwerbslosigkeit sinnvoll wird, für “Arbeitsentwöhnte” oder junge Menschen ohne Perspektive. In einem ersten Schritt werden “Marktferne” bzw. “Vermittlungshemmnisse” bei den betroffenen Beziehern von Sozialhilfe diagnostiziert. Anschließend legitimiert sich Arbeitszwang über “Maßnahmen”, als “Therapie (durch Arbeit) zur Arbeit”, als Erziehungsmittel oder einfach als “Arbeitseinsatz” wie von selbst. Dabei hinterfragen Fachautoren nur selten – weder bei Diagnose noch Therapieangebot – die Zulässigkeit diverser repressiver Eingriffe im Rechtsstaat, wenn Betroffene über sich entscheiden lassen (müssen). Mit “Förderung” unserer “Beschäftigungsfähigkeit”, die im europäischen Konsens vordringliches (öffentliches!) Anliegen wurde, nahm das Unheil unbeachtet seinen Anfang.

Allerdings gibt es Ausnahmen: Rentschler konstatiert 2004 "Arbeitslosigkeit als Verbrechen", mit der Folge, dass Leistungen in etwa unter Bewährungsauflagen als eine Art Bewährungshilfe ausgezahlt werden. Seine Kritik an der "Fordern und Fördern"-Apologie (aus NRW) lautet: "Anstatt der repressiven Momente des alten Sozialstaats werden deren Beschränkungen beseitigt." Arbeitszwang stellt nur eins von etlichen Zwangsmomenten dar, wobei die "Aktivierung" mit ihrer z.T. verdeckten Arbeitsweise (brieflich oder unter vier Augen) subtiler in die individuelle Autonomie eingreift. Vielleicht ist die "Zivilgesellschaft" daher ein erklärtes neosoziales Kontraprojekt.

*Th. M.: Wie erklären Sie die eingeschränkte Wahrnehmung durch i.d.R. sozialwissenschaftliche Fachmensen?*

**I. L.:** Eigentlich bleiben nur zwei Möglichkeiten der Wahrnehmung: Unwissenheit oder frei nach Wickert "wer schreibt, ist der Dumme". Falls sich der aktivierende Staat wiederholt, sollte man schweigen. Traditionell ist "Beschäftigungsunfähigkeit" Leistungsversagen, das von der Solidargemeinschaft nicht dauerhaft akzeptiert werden kann. Für diese Aussage lässt sich eine Mehrheit finden, sowohl bei den Machern des aktivierenden Sozialstaats als auch bei Kritikern. Erste "Forderungen" waren die Auflösung des "kollektiven Freizeitparks" (1993) und "solidarisch finanzierter Ruhezeiten" (1998), die jetzt alle an Hartz IV Beteiligten in Unruhe versetzt. Gewissermaßen wurde Front gegen den Kollektivismus und gegen die "Schonung" gemacht, welche im KZ das Krankenrevier bezeichnete. Auf die Hartz-Auswüchse bezogen sehen Autoren häufig nur Korrekturbedarf statt Abschaffung. Aber ist ein Gesetzeswerk, das aus in ihrer jeweiligen Zeit gescheiterten Gesetzen zusammen geflickt ist, aus sich heraus verbesserbar oder postmoderne Dienstleistung? Dies zu erläutern bedürfte eines Exkurses, ...

*Th. M.: Sehr gern!*

**I. L.:** ... so heißt es oft, die Balance zwischen "Rechten und Pflichten" bzw. "Fördern und Fordern" müsse gewahrt bzw. wieder hergestellt werden. Kritisch außerhalb dieser "Balance" zu gehen, wird vermieden. Kommentare zu Rechtsbeugung oder "Maßnahmen"-Legitimität sind Fehlanzeige. In der Zeit des "zivilen" Nationalsozialismus erzielte man zahlreiche "Errungenschaften" im sozialen Bereich, die heute unreflektiert als unverzichtbar fortgesetzt werden. Als Beispiel sei die "Gesundheitsführung", die im SGB V § 1 "gesundheitsbewußte Lebensführung" heißt, erwähnt. Diese wird dort allerdings im Unterschied zum Arbeitszwang in der Gebotsform – "Sie sollen" – auferlegt. "Der Mensch lebt nicht, sondern er führt sein Leben"

(Gehlen 1940). Die Prävention oder Beendigung von Arbeitslosigkeit, Kriminalität oder Krankheit fällt in den Bereich der rationalen “Menschenführung”, diente ursprünglich der Ausscheidung schlechter Risiken und der “Bewirtschaftung von Menschenmaterial” im Sinne von Effizienz und Berechenbarkeit.

Als im Jahr 1927 das Gesetz zur Arbeitslosenversicherung (AVAVG) verabschiedet wurde, lag bereits ein Referentenentwurf “Maßregeln der Besserung und Sicherung” zur Entscheidung vor. Vom Sicherungs- bzw. Versicherungsgedanken her sind beide Gesetze verwandt, da die Prioritäten weniger beim Individuum als bei der zu “fördernden” Solidargemeinschaft lagen. Das AVAVG sicherte und besserte Reservearbeitskräfte für die nachfragende Wirtschaft und bekam dadurch “Maßregel”-Charakter. Als Bezugsgröße zur Definition von Arbeit diente das Normalarbeitsverhältnis eines gelernten, abhängig Beschäftigten in Vollzeit. Im Gegensatz zu den “Maßregeln” (späteres “Gewohnheitsverbrechergesetz”) fehlen kritische Studien zum AVAVG bislang völlig, obwohl die Arbeitswissenschaft seinerzeit bereits sozialrassistisch beeinflusst war. Der gelegentliche Vergleich von Hartz IV mit einem Strafgesetzbuch – wenn, so als “Maßregeln” – kommt nicht von ungefähr. “Maßregeln” bezeichnet man als “Täterstrafe”, die im Ggs. zur “Strafe für die Tat” letztere nicht als Voraussetzung benötigt. Die Zweispurigkeit des Strafrechts, etwa auch bei der “Sicherungsverwahrung”, ist umstritten. Das “Fallmanagement” dürfte seinen Ursprung in der kriminalbiologischen bzw. -psychologischen Erforschung der Persönlichkeit von “Berufsverbrechern” seit den 1920-er Jahren haben. “Langzeitarbeitslose” – früher “Wohlfahrtsempfänger von Beruf” genannt – weisen insofern eine Täterpersönlichkeit auf, als sich eine schuldhaft “Lebensführung” in ausbleibendem Erfolg bei der “Eingliederung” äußert. Es handelt sich um Defizite, die direkt in der Person liegen – auch müssen, zur Legitimation der Definitionsmacht der Ankläger. Wie in Kafkas' "Prozess" wissen die Betroffenen selbst von nichts.

Der Denkfehler, Tätern “Arbeitslosigkeit als Verbrechen” zuzuschreiben, liegt darin, dass mit Hartz IV nicht “Arbeitslosigkeit” an sich, sondern Unfähigkeit zu deren Beendigung geahndet wird. So geraten Erwerbslose in den pausenlos zu widerlegenden Täterverdacht (“Hang zum Täter”). Seine “Eingliederungsschuld” hat der “Hartz IV-Arbeitslose” “aktiv” zu überwinden. Ein Autor sieht in dieser Entwicklung das Verschieben des Problems Massenarbeitslosigkeit auf die “Mikroebene”, mit Tendenz zur Kriminalisierung. Auch die unbestimmte Dauer der Hartz IV-“Strafe”, – die als solche von Betroffenen empfunden wird –, korrespondiert mit den “Maßregeln”. Die “offene Bewahrung” setzt sich so lange fort, bis “Bewährung” in Aussicht steht.

**Th. M.:** *Im Gegensatz zu vielleicht manchem anderen Sozialwissenschaftler haben Sie selbst keine Angst vor Ihrem Forschungsfeld. Sie kennen die gegenwärtige Arbeits- und Sozialverwaltung als Betroffener und als Beistand aus eigener Anschauung. Wenn Sie mit dem "ganz normalen Wahnsinn" in einem Jobcenter konfrontiert werden, ist Ihnen dann Ihre wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Arbeitszwang eher eine Hilfe oder eher eine zusätzliche Belastung?*

**I. L.:** Wegen Umzugs lernte ich zunächst ein "Jobcenter" und danach eine "Arbeitsförderung" kennen und würde dem letzteren Personal häufigere "Ticketmentalität" konstatieren. In beiden Fällen lautet die Botschaft natürlich "arbeiten gehen" oder verschwinden.

Die Veröffentlichung läuft nur hintergründig und belastet das Verhältnis zu den mich prüfenden "BetreuerInnen" nicht. Die Doppeldeutigkeit der Begriffe, die Rentschler am Beispiel von Selbsthilfe oder Empowerment als Verkehrung "des Bedeutungsgehalts in das Gegenteil" nachweist, ist essentiell für die Hartz IV-Terminologie und die Ko-Produktion des Wahnsinns.

**Th. M.:** *Das SGB III kennt einen sehr eingeschränkten Qualifikations- und Bestandsschutz, während im Rechtskreis des SGB II unter Sanktionsandrohung bis in Bereiche wirtschaftlicher Sittenwidrigkeit "vermittelt" wird. Sie sind ein hochqualifizierter Mensch. Haben Sie von der Arbeits- und Sozialverwaltung jemals ein monetär und intellektuell irgendwie akzeptables Vermittlungsangebot erhalten bzw. was hat man Ihnen angeboten?*

**I. L.:** Keinesfalls. Obwohl ich in letzter Zeit häufig Einladungen bekam, war die Vermittlung nie daran beteiligt. Diese schickt mir gelegentlich weniger geeignete Angebote zu, kann aber IT-Berufe sachlich kaum zuordnen. Das Dilemma besteht im Muss der "Aktivierung", die selbst VermittlerInnen "eingespiegelt" bekommen.

Schwerpunkte ihrer Tätigkeit liegen heute in Prüfungsroutinen und die Gespräche kreisen um "Bewerberpläne", Nachweise, "Eigenbemühungen" etc. Hartz IV ist aus meiner Sicht eine kollektivistische Nivellierungsmaschine, die so betrachtet nicht 'mal dem ursprünglichen Individualisierungsziel gerecht wird.

**Th. M.:** *Dieser Tage ist häufig von der "schlimmsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren" zu lesen - ein Zeitraum, den Ihre Studie ziemlich genau überspannt. Der Bundesfinanzminister bereitet uns schon einmal auf steigende Arbeitslosenzahlen vor und selbst der Bundeswirtschaftsminister räumt ein Null-Wachstum ein. Unabhängige Ökonomen rechnen dahin gegen mit einer Rezession, die nachhaltig auf die Realwirtschaft durchschlagen wird.*

*Welche Auswirkungen wird diese angespannte konjunkturelle Situation nach Ihrer Meinung auf die Ausrichtung deutscher Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik haben ?*

**I. L.:** Die gespaltene Arbeitsgesellschaft dürfte sich nicht länger in randständigen Arbeitsuchenden wie Fortgeschrittenen, Langzeitarbeitsuchenden oder Unwilligen ausdrücken, sondern gerade die Industrieproduktion wird in der Krise schlagartig Massenhaft freisetzen können. Hartz IV als Angebot? – der Staat bietet den Unternehmern an, “Ihr vernichtet Arbeit” und “wir helfen Euch bei der Entsorgung”. Die eigentliche Bewährungsprobe steht vermutlich noch bevor, und es täuscht, dass das Hartz-Boot noch nicht voll sei, wenn die Gesamtzahl der “Bedarfsgemeinschaften” als Richtschnur dient. Export und Steueraufkommen sind nach U. Krug (2004) in Deutschland die Parameter zur Gestaltung des “Sozialen”.

**Th. M.:** *Welche Perspektiven sehen Sie für Ihre eigene berufliche und persönliche Zukunft ?*

**I. L.:** Meine “Integrationschancen” waren dieses Jahr besser als zuvor, was aber ein schlechtes Omen ist. Regional bin ich langfristig an Südniedersachsen gebunden, wo es wenig Angebote gibt. Als Fernziel schwebt mir – “weg vom Computer” – ein Quereinstieg als Lehrer in Teilzeit vor. Insofern das Leben aktivere Inhalte bekommt, bedeutet Hartz IV mir persönlich Empowerment, aber Alltagserfahrungen kann ich schreibend kaum verwerten.

**Th. M.:** *Arbeit haben Sie also eigentlich genug und Ideen für weitere Projekte. Wie stehen Sie zu der Idee eines Bedingungslosen Garantieren Grundeinkommens (BGE), für dessen Verwirklichung ja eine notwendige Bedingung die Überwindung des Arbeitszwangs wäre ?*

**I. L.:** Die Angst macht den Menschen Beine, was sich der Chancen statt Sicherheiten verteilende Staat zu Nutzen macht. Die erste Chance ist die “Startchance”, die zweite die “Teilhabechance” und die “letzte Chance” musste nach 1945 abgeschafft werden.

Ähnlich vielleicht wie Sie plädiere ich für eine garantiert “chancenlose” Gesellschaft. Wo er zu viele Chancen statt Geld verteilt, fährt der Sozialstaat einen Crashkurs. Jüngst schrieb einer Ihrer Kollegen im Hartz IV-Zusammenhang von Konterrevolution, was m.E. eher auf die Idee des Grundeinkommens zutrifft: Überwindung des Geistes von 1920. Arbeitslosigkeit bzw. deren habituell ritualisierte Verkündung in toten Zahlen sind unaufhebbarer Bestandteil sozialer Pathologie. Dr. Ley schrieb in seiner Abhandlung “Die deutschen Sozialwerke als Ausdruck unseres Leistungswillens” 1942: “Der erste **durchschlagende** Erfolg im **Kampf gegen die**

**Arbeitslosigkeit** wurde aber im nationalsozialistischen Deutschland erzielt, wo es innerhalb von 5 Jahren gelungen war, die **Arbeitslosigkeit überhaupt auszurotten.**“ Zu beachten ist im Zitat das Wort überhaupt, anstelle von restlos, so als ob Sie jemanden auf der Straße nach “Arbeitslosigkeit” fragen und sich verdächtig machen. Erfolge bei der “Bekämpfung von Arbeitslosigkeit” sind es fataler Weise, woran sich heutige Politiker noch “messen lassen wollen”. Begriffe wie “Arbeitslosigkeit” oder “Arbeitssuche” an sich abzuschaffen – **überhaupt "aus-zu-rotten"** – wird nicht als Möglichkeit erkannt, endlich mehr Demokratie zu wagen.

Wenn Sie im 2. Schritt versuchen, die 2003 im SGB II eingeführte Arbeitspflicht abzuschaffen und ein **“arbeits- und müheloses Einkommen”** zu garantieren, wären viele Bundesbürger überfordert. Joseph Beuys erfuhr ähnliches bereits in seinem Fluxusprojekt “Wollt Ihr das totale Leben?”, wonach er von Studenten Prügel bezog.

Ein Vorteil des bedingungslosen Grundeinkommens – auch für Kritiker – wäre, dass das derzeit herrschende Beschäftigungskartell geknackt werden könnte, insofern sich das verlogene Thema Mindestlohn gleich mit erledigt. Hartz IV bedeutet ja nicht nur Entrechtung, sondern abgesperrter Arbeitsmarkt für die Betroffenen.

***Th. M.:** Herr Dr. Leichtweis, wir danken Ihnen für dieses Interview und für die Unterstützung unserer Website gegen den Arbeitszwang im gegenwärtigen Deutschland.*

*copyleft 2008-11-15 | [redaktion@forced-labour.de](mailto:redaktion@forced-labour.de) | <http://www.forced-labour.de/archives/899>*